## Amerikanischer Dollar (Stand: 04.02.2021)

Monatlicher Währungsbericht und Prognose unseres externen Analysten Thomas Neis¹



## Aktuelle Situation

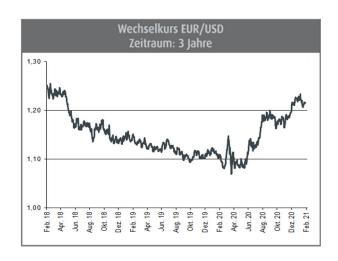
Es ist vollbracht: am 20.01.2021 wurde Joe Biden nun zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten vereidigt und er tritt ein schweres Erbe an. Die weltgrößte Volkswirtschaft hat im vergangenen Jahr Federn lassen müssen wie seit fast einem Dreivierteljahrhundert nicht. Mit mächtigen Konjunkturpaketen stemmt sich die Regierung gegen den Abschwung – mit Erfolg. Ökonomen erwarten, dass die Wirtschaft schon im Herbst Vorkrisenniveau erreicht. Die US-Wirtschaft ist in Folge der Corona-Krise um 3,5 % eingebrochen. Das war der stärkste Rückgang der Wirtschaftsleistung seit 1946, wie aus den Daten US-Regierung hervorging. Insbesondere das 2. Quartal fiel aufgrund der Zuspitzung der Pandemie und weitreichenden Lockdowns verheerend aus. Im 4. Quartal wuchs die weltgrößte Volkswirtschaft demnach auf das Jahr hochgerechnet um 4 %. In der in Deutschland üblichen – realistischeren – Betrachtungsweise entspräche das im Vergleich zum vorherigen Vierteljahr umgerechnet einem Wachstum von etwa 1 %. Das schwache Wachstum in den Monaten Oktober bis Dezember verbunden mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit lässt allerdings erkennen, dass die wirtschaftliche Erholung zuletzt ins Stocken geraten ist. Damit kamen die Vereinigten Staaten trotz des chaotischen Corona-Managements der Trump-Administration in wirtschaftlicher Hinsicht bislang besser durch die Pandemie als viele andere Länder. Für das laufende Jahr erwarten Ökonomen ein Plus von 3,6 %. Die US-Konjunktur wird im 1. Quartal durch das Ende Dezember 2020 verabschiedete Rettungspaket im Volumen von rund 900 Milliarden Dollar einen Schub erhalten. Zudem gehen Analysten davon aus, dass es dem neugewählten US-Präsidenten Joe Biden gelingen wird, seinen angestrebten Rettungsplan durch den US-Kongress zu bekommen. Bislang gab es hier aber noch keinen Durchbruch. Im Ringen um ein weiteres Corona-Konjunkturpaket in den USA ist Anfang Februar bei einem Treffen zwischen dem neuen demokratischen Präsidenten Joe Biden und republikanischen Senatoren keine Einigung erzielt worden. Das Weiße Haus bezeichnete das



Gespräch als "substanziell und produktiv". Bidens Sprecherin Jen Psaki erklärte, es gebe in einigen Bereichen Übereinstimmung, der Vorschlag der Republikaner sei jedoch in manchen Bereichen nicht ausreichend. Biden bemüht sich um eine überparteiliche Einigung für das Paket. Er hat ein Maßnahmenbündel im Umfang von rund 1,9 Billionen US-Dollar (rund 1,6 Billionen Euro) vorgeschlagen, was fast 10 % der US-Wirtschaftsleistung entspräche. Biden hatte seine Pläne bereits kurz vor seinem Amtsantritt Mitte Januar vorgestellt und mahnt seitdem zur Eile. Um seine Pläne durchzusetzen, ist der Demokrat auf den US-Kongress angewiesen. Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten für ein solches Paket eine ausreichende Mehrheit, im Senat ist es komplizierter. Dort haben die Demokraten nur eine hauchdünne Mehrheit und könnten mit Hilfe eines Verfahrenstricks ein abgespecktes Paket durchsetzen. Für ein umfassenderes Paket wären sie aber auf die Zustimmung einiger Republikaner angewiesen.

## **Ausblick**

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie – also seit fast 1 Jahr - befindet sich der Kurs des US-Dollars gegenüber dem Euro in einem stabilen Abwertungstrend. Ausgelöst wurde diese Entwicklung insbesondere durch das erratische Agieren von Ex-Präsident Donald Trump. Dieser hatte eine Reihe von "Handelskriegen" angezettelt, deren Leidtragende meist die US-Unternehmen und US-Verbraucher selbst waren. Zudem hat er es nicht geschafft (und nicht einmal versucht), eine Strategie gegen die Folgen der Corona-Pandemie zu verfolgen. Sein am 20.01.2021 vereidigter Amtsnachfolger Joe Biden "erbt" nun diese Probleme, die ihm Trump hinterlassen hat. Er muss es schaffen, die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Unternehmer und Verbraucher auf ein erträgliches Maß zu begrenzen. Massiv steigende Arbeitslosigkeit und deutliche Einkommenseinbußen der Bevölkerung könnten sonst dramatische Folgen haben. Das wird nicht einfach für Biden und wird Zeit (und viel Geld) kosten. Analysten



## www.comdirect.de



gehen angesichts dessen davon aus, dass dieses die Finanzmärkte noch länger belasten wird. Eine rasche Erholung des US-Dollars wird demnach noch auf sich warten lassen.

(Anmerkung: Die Darstellung der Kurs-Charts erfolgt in der am Devisenmarkt üblichen "Mengennotiz" Ein Rückgang dieser Notierung bedeutet, dass die dargestellte Währung gegenüber dem Euro an Wert zunimmt. Ein Anstieg der Notierung bedeutet hingegen, dass die dargestellte Währung gegenüber dem Euro an Wert einbüßt.)